

Zuschriften zu Z117 „Soziale und politische Proteste und Bewegungen 2008-2018“*

Fehlende Solidarität vor den Betriebstoren

Die Diskussion zum Verhältnis von betrieblichen und außerbetrieblichen Bewegungen ist sehr wichtig. Ich möchte auf einen Aspekt aufmerksam machen, der in eurem Artikel nicht angesprochen wurde, den aber die Linke insgesamt unbedingt beachten muss: Die Organisation von Solidarität für betriebliche Kämpfe. Ich war lange Jahre Betriebsratsvorsitzender bei der „Frankfurter Rundschau“, bin mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Druckindustrie nach wie vor eng verbunden und begleite ihre heutigen betrieblichen Auseinandersetzungen.

Wir stehen wieder in einer Tarifrunde, die Arbeitgeber haben erneut den Manteltarif gekündigt. Zum wiederholten Male machen sie den Versuch, die 35 Stunden-Woche zurück zudrehen und einen Korridor bis zu 40 Stunden durchzusetzen. Das findet jetzt in einer organisatorischen Konstellation statt, in der man den Zustand der IG Medien bzw. ihres Fachbereichs Druck und Verlage als höchst prekär bezeichnen muss. Wir haben inzwischen in dieser einst so kampfkraftigen Organisation im Grunde überwiegend Belegschaften in Betrieben, die nicht mehr in der Tarifbindung sind; viele Unternehmen sind aus der Tarifbindung in die OT-Mitgliedschaft¹ gewechselt. Man muss sich schon fragen, ob dieser Unternehmerverband überhaupt noch in der Lage ist, Tarifverträge abzuschließen, weil er aus meiner Sicht mehr Betriebe repräsentiert, die nicht mehr der Tarifbindung unterliegen, als er noch Betriebe repräsentiert, die in der Tarifbindung sind. Also sehr schwierige Bedingungen.

Ich habe in meiner ganzen Zeit als Betriebsrat erleben dürfen, dass es moralisch und politisch ganz viel bedeutet, wenn von außen her Solidarität geübt wird, wenn sich in der Öffentlichkeit Komitees bilden, die die Kolleginnen und Kollegen dabei unterstützen und ermutigen, in diesem Kampf weiter zu machen. Das spielt eine wesentliche Rolle. Marcel Bathis, der nach mir Betriebsratsvorsitzender bei der „Frankfurter Rundschau“ war und der deren Niedergang am Ende ja auch mitmachen musste bis 2013, wo die letzten Kollegen aus dem Betrieb rausgegangen sind, kann davon ein Lied singen. Wir haben immer sehr davon profitiert, dass von außen her starke Unterstützung da war. Das Problem ist unter den heute durch die Tarifflicht erschweren Kampfbedingungen: Das lässt unglaublich nach. Ich musste das zuletzt bei den aktuellen Auseinandersetzungen bei der „Frankfurter Societäts-Druckerei“ wieder feststellen.

Es gibt im Augenblick einen Konflikt bei der Frankfurter Societäts-Druckerei (wo u.a. die FR gedruckt wird), wo die Kolleginnen und Kollegen nach dem Wechsel

* Sh. A. Leisewitz/J. Reusch/G. Wiegel/M. Zander, „Pressure from without“ – Soziale und politische Bewegungen 2008-20128“, S. 87ff., und: Dossier „#unteilbar“, S. 99ff.

¹ OT-Mitgliedschaft (Ohne Tarifbindung): Mitgliedschaft eines Unternehmens ohne Tarifbindung in einem Arbeitgeberverband.

des Unternehmens in die OT-Mitgliedschaft, versuchen, einen Haustarif zu erkämpfen oder eine Anwendung des Tarifvertrages. Die Societäts-Druckerei hat neue Besitzer, die überall, bei allen Zeitungen, an denen sie sich beteiligt haben, durchgesetzt haben, dass man aus der Tarifbindung rausgeht in die so genannte OT-Mitgliedschaft.

Die Auseinandersetzung findet nahe Frankfurt/M. in Mörfelden im Industriegebiet statt. 270 Drucker und Helfer, Wickler und Fahrer, die sich wehren. Worum es dabei geht, kann man im Einzelnen in *ver.di publik* nachlesen.² Wenn ich dort bin und sehe, dass die Kollegen und Kolleginnen da relativ alleine kämpfen, frage ich mich, was die Linke macht. Natürlich kommt mal jemand und gibt eine Solidaritätserklärung ab, aber wenn ich mir nur vorstelle, dass wir beim 1984er Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche Hunderte von Leuten an den Toren hatten, wenn die Kollegen und Kolleginnen Feierabend hatten. Oder andersherum gesagt: Damals war die kleine DKP in den Betrieben tausend Mal stärker verankert als es Die Linke heute ist. Das hat uns seinerzeit unglaublich geholfen. Das hat uns zum Beispiel geholfen, Tore zu blockieren, obwohl es Urteile gab. Das hat eine öffentliche Stimmung und ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis geschaffen, in dem manches möglich wurde. Wir hatten damals z.B. einen (das kann man sich heute auch nicht mehr vorstellen) Polizeipräsidenten aus Offenbach, der hat uns Tipps gegeben, wie wir uns zu verhalten haben. Er hat gesagt, „die Polizei ist im Arbeitskampf neutral. Ich habe hier nur die Stadtpolizei. Ich habe nicht genügend Kräfte, um das zu verhindern und ich kann ihnen jetzt schon sagen, dass ich heute Abend um halb acht meine Kräfte abziehe“. Das war der Hinweis darauf, dass wir ab halb acht das Tor haben – das da nichts mehr rein und raus kommt. Also solche Leute gab es unter dem Eindruck breiter öffentlicher Solidarität auch. Und es gab massenhaft Unterstützer, um gegen die Streikbrucharbeiten vorzugehen, wenn die z.B. ausliefern wollten: Dann waren Torblockaden möglich, so dass sie nicht ausliefern konnten.

Heute müssen wir feststellen, dass da ganz wenig Solidarität von außen kommt. Ich möchte also an die Linke, an alle, die sich sonst in außerparlamentarischen Bewegungen engagieren, appellieren, bei betrieblichen Auseinandersetzungen Solidarität zu üben, hinzugehen und zu helfen, dass wir wieder in der Lage sind, Unterstützungskomitees zu bilden. Also dazu beizutragen, die unterschiedlichen Bewegungen zu verbinden. Wenn die Kolleginnen und Kollegen in den betrieblichen Auseinandersetzungen allein gelassen werden, sterben sie einen üblen Tod. Die solidarische Unterstützung von außen war mal besser und da könnte man wieder anknüpfen – und da kann man viel lernen über die Realität von Klassenauseinandersetzungen heute.

Viktor Kalla

² Vgl. den Bericht von Michaela Böhm „Streikerfahrene Blaumänner. Die Belegschaft der Frankfurter Societäts-Druckerei kämpft seit Jahren um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze“, in: *Verdi publik*, 1/2019. <https://publik.verdi.de/2019/ausgabe-01/gesellschaft/reportage/seiten-12-13/streikerfahrene-blaumaenner>.

Partei ungleich Bewegung?

Die Autoren belegen in Z 117 verdienstvoll die Zunahme der Protestaktivitäten. Dazu habe ich eine Anmerkung und eine Kritik.

Erstens, der Fokus auf #unteilbar – auch im weiteren Dossier der Z – beschränkt sich lediglich auf das größte sichtbare Event. Eine wichtige Bewegung, die in allen Bundesländern bis auf die Ebene der Kleinstädte reicht, ist aber die Seebrücke. Hierzu haben im letzten Jahr durchgehend Aktionen stattgefunden mit rund 80.000 TeilnehmerInnen³, und immerhin 48 Städte haben sich mittlerweile zu sicheren Häfen erklärt. Ganze 93 Gruppen mit anhaltenden Aktivitäten hat die Seebrücke derzeit und sollte daher bei den Aktivitäten eine stärkere Berücksichtigung finden, weil sie eine breite regionale Verankerung hat und nicht auf ebenso wichtige Einmalsymbolik beschränkt ist.

Zweitens und etwas grundlegender: Die Autoren machen im Artikel an einigen Stellen eine Entgegensetzung von Partei und Bewegung auf, die so nicht haltbar ist. Die Unterscheidung von Alten und Neuen Sozialen Bewegungen ist zwar mittlerweile weit verbreitet, lässt sich aber meines Erachtens nicht aufrechterhalten. Die Neuen Sozialen Bewegungen wären ohne das Engagement von Gewerkschafts- und Parteimitgliedern kaum denkbar. Das gilt neben der Sozialdemokratie und den Grünen insbesondere für die neueren europäischen Linksparteien ab den 80ern. Sie sind eng verflochten mit den Neuen Sozialen Bewegungen – ob in #unteilbar, der Seebrücke und vielen anderen der aufgeführten Initiativen, Partei- und Gewerkschaftsmitglieder und ihre Organisationen sind finanziell und organisatorisch führend mit tätig. Da diese neueren Linksparteien im Gegensatz zu den klassischen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien kaum ein eigenes Parteileben haben, sind ihre Mitglieder oft Vielfachbewegte, deren Engagement sich auf Partei *und* Zivilgesellschaft verteilt. Meines Erachtens muss die Parteienentwicklung als Teil des Bewegungszyklus verstanden werden. 2017 haben die Parteien insgesamt – erstmals seit 1990 – wieder an Mitgliedern gewonnen (+1,8 Prozent). Das gilt im Übrigen gleichfalls auf der rechten Seite: die AfD hat mittlerweile 33.000 Mitglieder und ist in rechte Bewegungen bestens vernetzt.

Auch auf der Linken tut sich etwas: Die SPD hat im Jahr 2017 Mitglieder gewonnen und 2018 nur wenige Mitglieder verloren. DIE LINKE hat nach den Verlusten bis 2015 von dem Bewegungsaufschwung profitiert. Hinter den sinkenden Mitgliederzahlen verbirgt sich eine Trendwende ab 2013/2014. Die völlig überalterten Ostverbände verlieren massiv Mitglieder, während die Westlandesverbände Mitglieder gewinnen. Besonders 2017, im Jahr der Wahl Trumps traten allein 10.000 Neumitglieder ein – in West und Ost in den Städten. Um das zu verdeutlichen: Das Durchschnittsalter der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern beträgt 68 Jahre, in Bayern hingegen 43 Jahre. Während in MV lediglich 15 Prozent der Mitglieder jünger als 50 sind, sind es in

³ Vgl: <http://www.labournet.de/interventionen/asyl/asylrecht/festung-eu/seebruecke-schaffi-sichere-haefen/>

Bayern 60 Prozent. Wahrscheinlich aufgrund der m.E. unsinnigen Gegenüberstellung von Klassen- und Identitätspolitik ist diese Eintrittswelle seit letztem Sommer erst einmal gestoppt.

Mitgliederzahlen DIE LINKE 2007-2018										
2007	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
71.	78.	73.	69.	63.	63.	60.	58.	58.	62.	62.
711	046	658	458	762	757	551	989	910	300	016

Mittlerweile sind es die Grünen, die ihre Mitgliederzahlen 2018 um fast ein Viertel steigern konnten – mit erstmals signifikanten Gewinnen im Osten, was wohl auch als Teil des Anti-Rechtszyklus verstanden werden muss. Seit 2008 haben die Grünen von 45.089 auf 75.311 Mitglieder zugelegt.

Janis Ehling

Wachsender Druck von rechts gegen demokratische Bewegungen

Die Kanzlerin der Willkommenskultur ist ohne Parteibasis. Diese schwankt zwischen rechter APO und Treue zur parlamentarischen Mitte. Gravierend auch: Die Führung der parlamentarischen Opposition ging an Profaschisten. Dies im Bund wie im wichtigen Land NRW. Die rechnerische Mehrheit links von der Union ist dahin. Umso mehr gilt: Es geht hier und heute um den Stopp der Rechtsentwicklung und der Militarisierung. Entweder Beseitigung der Demokratie, weitere Umverteilung von unten nach oben und Herstellung der Potenziale zur globalen Kriegsführung *oder* Stopp dieser Entwicklung. In dieser entscheidenden Frage sollten alle Antifaschisten und Demokraten gemeinsam handeln.

Wo stehen wir? Derzeit liegen die Nazis und die Rechtsextremen (NPD plus AfD) bei ca. 14 Prozent bundesweit. In CDU und CSU schlummern nach wie vor Potenziale, die zu ultrarechten Allianzen neigen. Allerdings ist auch die Willkommenskultur nach wie vor stark, sie liegt bei etwa 50 Prozent. Erstmals aber werden die rund 20 Prozent der Bevölkerung, denen seit langem ein festes rechtsextremes Weltbild in Umfragen nachgewiesen wurde, nunmehr bei Wahlen sichtbar – zum Teil sogar in Manifestationen auf der Straße und auch in steigenden Zahlen rechter Gewalt. In Dresden brüllten tausende: „Absaufen!“ Das Bundesverfassungsgericht hat im NPD-Urteil festgestellt: von Parteien in der Tradition der NSDAP geht keine Gefahr aus, solange sie keine Wahlen gewinnen. Und so werden auch die Stiefelfaschisten immer dreister. Der Artikel 139 für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus steht noch immer im Grundgesetz, wird aber missachtet. Dies alles in einem EU-Umfeld mit wachsenden rechten Tendenzen.

Zum Ernst der Lage und zur Notwendigkeit breiter Bündnisse sei an Erich Kästner erinnert: „Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheits-

kampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf. (...) Drohende Diktaturen lassen sich nur bekämpfen, ehe sie die Macht übernommen haben.“ (Kästner 1958 in Hamburg)

60 Jahre nach Kästner stellt Werner Seppmann am 12.01.19 in der „Jungen Welt“ fest: „In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass der Aufstieg der NSDAP seinerzeit wesentlich langsamer verlief (als heute der der AfD). Ihr Stimmenanteil bei der Reichstagswahl 1928 (also vor der Weltwirtschaftskrise) betrug 2,6 Prozent. Vier Jahre später lag sie bei den Reichstagswahlen 1932 knapp unter 38 bzw. 34 Prozent. Die Krise hatte eine beträchtliche Anschubwirkung beim Aufstieg der Hitlerpartei.“ Werden Fehler von 1932/33 wiederholt? Breite Bündnisse wurden und werden jedenfalls von vielen Linken ausgeschlagen. Man müsse gegen den Kapitalismus kämpfen, dann erledigt sich die rechte Gefahr von selbst? Nichts gelernt? Die VVN-BdA hat großen Anteil an der Bewegung „Aufstehen gegen Rassismus“, die dann im Oktober zur größten Demonstration in Berlin seit vielen Jahren führte, zu #unteilbar mit 250.000 Teilnehmern. Das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“, das #unteilbar mit hervorbrachte, hat inzwischen mit gewerkschaftlicher Unterstützung 10.779 Kolleginnen und Kollegen (Stand v. 6. April 2019) zu Stammtischkämpfer/innen ausgebildet. Ausbildung zum Klassenbewusstsein ist dies – und dann ohne uns!? Das Bündnis wurde in UZ und JW abgelehnt, im ND vernachlässigt. Warum? Weil die SPD-, Grünen und Linken-Teile doch zu den Parteien gehören, denen wir den Schlamassel zu verdanken haben? Ja, so hörte man es.

Die Reaktion marschiert. In mehreren deutschen Bundesländern wurden neue Polizeigesetze auf den Weg gebracht (in Bayern und NRW traten sie in Kraft), die z. B. in Bayern polizeiliche Befugnisse erweitern, „präventive“ Maßnahmen bis hin zur Haft ermöglichen und statt einer konkreten eine „drohende“ Gefahr zur Voraussetzung solcher Maßnahmen machen. Die Polizei wird mit Tasern ausgerüstet, um Demonstranten an Ort und Stelle mit Elektroschocks foltern zu können. Die Bewegungen gegen die Polizeigesetze bleiben notwendig, und sie sind auf der Hut. Europaweit wird Seenotrettung kriminalisiert, Schiffe der Hilfsorganisationen werden beschlagnahmt, für Gerettete finden die Crews meist erst nach wochenlanger Odyssee Aufnahme in einem Hafen. Die europäischen Außengrenzen werden inzwischen auch südlich der Sahara unter FRONTEX-Führung gesichert, die Staaten aus dem EU-Etat zur Armutsbekämpfung militärisch und polizeilich „ertüchtigt“, die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu übernehmen. All das ist EU-Praxis und bundesdeutsche Realität.

Und was geschieht? Umwelt-, Friedens-, Demokratiebewegungen, Bewegungen gegen rechts wie gegen Polizeigewalt und gewerkschaftliche Bewegungen laufen parallel nebeneinander her. Das hat große Nachteile. Klimaschutz kann zu spät kommen, wenn die atomare Kriegsgefahr nicht vorher gebannt ist. Der Bewegung attac wurde der Status der Gemeinnützigkeit genommen, dies plant man auch für die VVN-BdA. Der Rat der Stadt Dortmund beschloss eine Resolution, in der es unter anderem heißt: „Damit wird die Organisation (VVN-BdA) mittels der mas-

siven Beschränkung ihrer finanziellen Mittel in ihren Wirkungsmöglichkeiten behindert.“ Wörtlich heißt es weiter: „Der Rat der Stadt Dortmund legt größten Wert darauf, dass die Zeit der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft Teil eines kollektiven gesellschaftlichen Gedächtnisses bleibt.“

Mit dem konzertierten, regierungsgestützten Vorgehen der Finanzämter ist offenbar die Absicht von CDU und FDP in NRW verbunden, die bayerischen Verhältnisse zu übernehmen, wo antikapitalistischer Antifaschismus als verfassungsfeindlich dargestellt wird. Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) kündigte bereits Ende 2018 in der „Süddeutschen Zeitung“ an, mit seinem Inlandsgeheimdienst den „antikapitalistischen“ Kräften entgegenzutreten.

Kapitalismus führte in Deutschland zum Faschismus, er muss aber nicht dorthin führen, so sagen wir. „Es ist geschehen – folglich kann es wieder geschehen.“ (Primo Levi) Und Levi fügte hinzu: „Jedes Zeitalter hat seinen eigenen Faschismus.“ Es lauern also Gefahren. Es schworen die Häftlinge des KZ Buchenwald im April 1945 nach ihrer Befreiung: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Heutige Innenminister sehen den Hinweis auf die Wurzeln, die zu beseitigen seien, als Absicht an, den Kapitalismus und damit die Demokratie zu beseitigen. Jedoch: Das erste Parteiprogramm der CDU, das Ahlener Programm vom 3. Februar 1947, besagte in seiner Kernaussage: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“ Das Ahlener CDU-Programm sollte wieder mehr ins Bewusstsein gerückt werden. Es harmoniert sehr mit dem Schwur von Buchenwald.

Die TAZ, eine der wirklich unangenehmen Medienteilnehmerinnen, riet kürzlich davon ab, am Ostermarsch teilzunehmen. Es reiche doch völlig aus, zu wissen, dass 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger friedensbewegt seien. Nein und nochmals Nein. Sie sind es nicht, sie mögen für den Frieden sein, aber es bewegt sich nichts. Das ist das Schlimme und Gefährliche. Wenn wir nicht handeln, wird es bald nichts mehr für uns zu handeln geben, dann handelt man gegen uns – eben mit Polizeigesetzen.

Der Bochumer Herbert Grönemeyer singt: Gebt den Kindern das Kommando. Und sie haben es verstanden. Sie tauschen nicht mehr nur per Smartphone ihre Meinungen aus – sie handeln. Jeden Freitag. Ihre Zukunft wird versaut, wenn wir den Klimawandel weiter zulassen wie bisher. Wenn weiter gerüstet wird. Wenn die Ressourcen der Erde vernichtet werden. Wir haben nur eine Erde und die muss vernünftig gestaltet werden. Es muss das „Programm der befreiten Menschheit“ Wirklichkeit werden, worüber Karl Liebknecht vor hundert Jahren in seinem letzten Artikel schrieb. „Trotz alledem!“

Ulrich Sander